

## NEWSLETTER

### “SWISS-BALTIC CHAMBER OF COMMERCE SBCC”

Vertreter von OSEC und SEC

Mitglied der Dachorganisation SwissCham

Herausgabe alle 14 Tage seit 1998

[www.swissbalticchamber.com](http://www.swissbalticchamber.com), e-mail: [swisschamber@sbcc.ee](mailto:swisschamber@sbcc.ee)

Kiriku 2, EE-10130 Tallinn, Estland

Tel.: +372 645 09 16, Fax: +372 631 15 77

8 Seiten: Datum: 03.10.2008

## WIRTSCHAFT

### Entlassungen



Die lettische Niederlassung der grössten baltischen Bank, der Swedbank (Bild: Hauptsitz Tallinn) wird wegen der komplizierten Wirtschaftslage 10% ihrer Stellen abbauen. Der Chef der Swedbank Latvia Maris Avotins sagte, dass seine Bank wegen den Zahlungsschwierigkeiten der Kunden weniger Schaden getragen hätte als der Marktdurchschnitt. Wegen der immer komplizierter werdenden Wirtschaftslage seien sie trotzdem gezwungen die Zahl der Jobs abzubauen. „Das Eigenkapital der Swedbank beträgt 600 Mio. Lats (ca 833 Mio. EUR), das sind zwei Mal so viel wie zwei unserer nächsten Konkurrenten zusammen“, sagte Avotins. Er fügte hinzu, dass die Swedbank in Lettland keinerlei Probleme hätte und alle wichtigsten Indikatoren seines Unternehmens stabil seien. Die Swedbank Estland wird dem lettischen Beispiel nicht folgen. Es würden aber auch keine neuen Stellen geschaffen.

### **Auch die SAKU- Brauerei baut ab**

Die bei Tallinn befindliche Brauerei Saku teilte am Dienstag mit, dass sie wegen dem Rückgang des Konsums ihr Personal um 29 Mitarbeiter reduziert. Heute beschäftigt die Brauerei insgesamt 325 Personen. „Das Wirtschaftsklima ist auf Abkühlungskurs, die Verbrauchssteuern sind gestiegen, der Alkoholverkauf in der Nacht ist verboten. Das alles hat einen negativen Einfluss auf unsere Umsatz- und die Gewinnzahlen. Deshalb beginnen wir ein Sparprogramm“, sagte der Vorstandsvorsitzende der Firma Veli Pekka Tennilä. Wer genau den Betrieb verlassen muss, ist heute nicht klar und soll in den kommenden Wochen genau besprochen werden.



Die Saku Brauerei gehört seit 2008 der Firma Carlsberg.

### **Arbeitslosenzahlen steigen**



Laut Angaben der Arbeitslosenkasse Estlands haben estnische Unternehmen in den ersten acht Monaten zwei Mal mehr Stellen abgebaut als im ganzen vergangenen Jahr insgesamt. Die estnische Arbeitsbehörde erklärte, dass der Staat in der Lage sei allen Arbeitslosen Schulungen und Fortbildungskurse anbieten zu können.

Mit dem Stand August 2008 waren in diesem Jahr bereits 112 Unternehmen gezwungen ihre Arbeitsstellen abzubauen. „Laut unseren Prognosen haben bis Ende 2008 20 000 Personen verschiedene Vergütungen empfangen. Die Zahl der Kompensationsempfänger wird im kommenden Jahr auf 30000 steigen“, erklärte das Vorstandsmitglied der Arbeitslosenkasse Erik Aas. Die Umschlungen werden hauptsächlich aus EU-Mitteln finanziert.

Laut offizieller Statistik betrug die Arbeitslosigkeit in Estland im 2. Quartal 2008 4,0%. Der jüngsten Wirtschaftsprognose des Estnischen Finanzministeriums zufolge wird sie bis Ende 2008 auf 5% und bis Ende 2009 auf 6,3% wachsen. Allerdings haben zahlreiche Firmen Kurzarbeit angemeldet.

### **Staatshaushalt ausbalanciert?**



In der vergangenen Woche gab die estnische Regierung dem Entwurf des Staatshaushaltes ihren Segen. Das Gesamtvolumen des nächsten Budgets beträgt 98,7 Mrd. Kronen (6,31 Mrd. EUR).

Zu den wichtigsten Prioritäten des neuen Haushaltes gehören die Verteidigung und die Zusammenarbeit mit NATO Verbündeten. 2009 betragen die Verteidigungsausgaben Estlands 1,9% des BIP.

Eine weitere Priorität der Regierung ist die Bildung. Das nächste Staatsbudget verspricht im Bildungsbereich einen starken Zuwachs von Investitionen. Hochqualifizierte Lehrer, moderne Schulen und Investitionen in Fortbildung und Forschung sind Schlüsselworte, die die Konkurrenzfähigkeit Estlands auch langfristig garantieren sollen.

Der Haushaltsentwurf sieht eine Verdoppelung der Renten in den kommenden vier Jahren vor. Das Muttergehalt wird weiterbezahlt.

Der Entwurf sieht keine Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Einkommenssteuer vor. Allerdings werden ab dem kommenden Jahr die Mehrwertsteuerbegünstigungen abgeschafft. Alle MWSt-Begünstigungen steigen auf 18%. Die MWSt auf Medikamente, Bücher, Zeitungen und Hotellerie steigt von bisher 5% auf 9%.

Erwähnenswert ist auch die Ausgabenseite, die im kommenden Jahr mit einem Sparprogramm von 1,7 Mrd. Kronen rechnen muss. Diese Summe will die Regierung im Bereich seiner Verwaltungskosten sparen.

Der ehemalige estnische Finanzminister, Aivar Sõerd, kommentierte, dass die Regierung mit diesem Haushalt eine sehr grosse Verantwortung und eine grosse Herausforderung auf sich nimmt. „Der Pensionsfond schrumpft und der Staat kann bald Schwierigkeiten mit der Auszahlung von Renten haben. Ab 2010, wenn der existierende Pensionsfond ausgeschöpft ist, muss der Staat nach Möglichkeiten suchen, wie das Rentenversicherungssystem finanziert werden kann. Schon heute reichen die Sozialsteuereinnahmen nicht aus, um Renten zu zahlen. In diesem Jahr fehlen 1 Mrd. Kronen, im nächsten Jahr 2 Mrd. und dieses Defizit wächst immer weiter“, sagte Ex-Finanzminister Sõerd. "Die Pensionsreserven erhielten in den letzten Jahren keine neuen Mittel mehr. Die letzte Regierung finanzierte die Reserven sowohl mit dem Staatshaushalt als auch mit dem zusätzlichen Haushalt", fügte Sõerd hinzu.

Der Finanzexperte ist der Meinung, dass der Staat im letzten Jahr die Einnahmen der Rentengelder falsch kalkuliert hätte. "Im Jahre 2007, als der Rentenindex geändert wurde, ging die Regierung von einer Prognose aus, die nie in Erfüllung ging. Diese Prognose zeigte, dass die Einnahmen der Sozialsteuer höher sind als die Auszahlungen. Es war aber nicht der Fall", kommentierte Sõerd.

### **Standard expandierte nach Litauen**

Der führende Möbelhersteller Estlands, die Firma Standard, öffnete sein erstes Möbelgeschäft in Vilnius. Der Verkaufsleiter für den baltischen Markt, Jaak Urm, sagte: "Unsere Möglichkeiten sehen wir in den Bereichen Büro- und Hotelmöbel. Da sehen wir auf dem baltischen Markt neues Potential".

Auf dem estnischen Möbelmarkt besitzt Standard einen 45% Marktanteil.

### **Konflikt zwischen lettischer AirBaltic und litauischer FlyLAL**



Ein litauisches Gericht liess Teile des Eigentums der lettischen Konkurrenzfluglinie airBaltic und der Betreibergesellschaft des Flughafens in Riga wegen der Verletzung von Wettbewerbsbestimmungen einfrieren, damit standen 200

Millionen Litass (57,9 Mio. Euro) der airBaltic weniger zur Verfügung.

Lokale Medien berichteten, der Flughafen Riga hätte die lettische Fluggesellschaft gegenüber der litauischen FlyLAL bevorzugt in dem airBaltic eine Gebührenermässigung bekommen habe.

Der lettisch Transportminister Ainars Slesers kündigte den Rückzug der halbstaatlichen airBaltic vom litauischen Markt an.

Slesers warf der litauischen Konkurrenz vor, ihre finanziellen Probleme auf Kosten der airBaltic lösen zu wollen.

### **Die Arbeitslosigkeit in Lettland nimmt zu**

Der Experte der Swedbank Lettland Peteris Strautins sagte, dass die Arbeitslosigkeit sich in den kommenden Jahren verdoppeln könnte. Diese Meinung bestätigte die Prognose des "Baltic International Center for Economic Policy Studies", dass die Arbeitslosigkeit schon im kommenden Jahr auf 10% steigen könne. Die Prognosen des Staates sind viel optimistischer.

So wird die Arbeitslosigkeit laut Prognosen des lettischen Finanzministeriums nur 7,5-8% betragen.

### **Das steuerfreie Minimum steigt auf 142 EUR**

Der Verband der lettischen Munizipalitäten einigte sich mit dem Vorschlag des Premierministers Ivars Godmanis über die Erhöhung des steuerfreien Einkommens von 80 auf 100 Lats (142 EUR) ab dem 1. Januar 2009. Diesem Kompromiss zufolge würden die Munizipalhaushalte etwa 82% ihres Einkommens aus der Einkommenssteuer von Privatpersonen beziehen

### **Der Tanz um den Euro**

Die Chancen Litauens im Zeitraum 2010-2011 den Euro einzuführen sind nicht gross. Sollten die Umstände positive sein, sei der Beitritt zur Eurozone in absehbarer Zukunft realistisch, meinte der Präsident des Verbandes der Banken Litauens Stasys Kropas. Der EU-Kommissar für Wirtschaft und Finanzwesen Joaquín Almunia sagte vor einer Woche in Vilnius, dass die Eurozone in den kommenden zwei Jahren seiner Meinung nach nicht weiter expandieren wird. Der litauische Premierminister Gediminas Kirkilas sagte, dass er die Einführung der Euro-Währung 2011 für realistisch halte. Der Nationalbankchef Reinoldijus Sarkinas sprach inzwischen von 2012 bis 2013.

Laut ursprünglichen Plänen wollten Litauen und Estland den Euro bereits ab Januar 2007 einführen. Allerdings gelang es den Staaten damals nicht die Maastrichter Kriterien zu erfüllen.

### **Der Einzelhandel in Litauen wächst**

Die Statistische Behörde Litauens teilte mit, dass der Einzelhandel in Litauen in den ersten acht Monaten des Jahres im Vergleich zu der Vergleichsperiode des Vorjahres um 10.1% stieg und 24.12 Mrd. Litas (6.99 Mrd. EUR) betrug. Der Umsatz im Bereich der Lebensmittel stieg um 5%, in anderen Bereichen, darunter auch der Verkauf von Kraftfahrzeugen, um 13.3%. Der Verkauf von Möbel, Haushaltsgeräten, Metall, Farben und Glas ist laut der letzten Statistiken leicht gesunken.

### **Apple iPhone erreichte Litauen**

Der grösste litauische Mobilfunkbetreiber Omnitel verkaufte in den ersten vier Stunden des 26. September mehr als 100 iPhone 3G Mobiltelefone von Apple. "Es hat lange gedauert, bis die iPhone 3G nach Litauen kamen. Das Gerät hat alles, was man braucht und wird zu einem Verkaufshit in Litauen", sagte der Vorstandsvorsitzender von Omnitel Antanas Zabulis. Die Preise für ein iPhone liegen je nach Speicherkapazität zwischen 1 Litas und 769 Litas (223 EUR).

### **Gehaltsunterschiede entsprechen dem EU Durchschnitt**

Die litauischen Frauen verdienen durchschnittlich 18% weniger als Männer. Eine Tendenz, dass sich die Gehälter von Frauen und Männer angleichen, ist heute nicht in Aussicht. Die Gehaltsunterschiede sind am grössten in der Altersgruppe 50 bis 59 Lebensjahre und können bis zu 30% betragen. Unter den Arbeitern im Alter unter 30 Jahre beträgt der Unterschied nur 7%. Der durchschnittliche Gehaltsunterschied in der EU liegt bei 15-20%.

*Quelle: National Student Agency Lithuania*

## **POLITIK**

### **Die Parteienratings sind praktisch unverändert**

Der in diesem Jahr extrem mühsam entstandene Jahreshaushalt und die gespannte politische Lage haben die Ratings der estnischen Parteien nicht wesentlich erschüttert. Die Zentrums- und Reformpartei genießen im September nach wie vor die höchste Popularität (Reform 34% und Zentrums- 26%). An der dritten Stelle liegt mit 15% die konservative Union von Vaterland und ResPublica. Die Beliebtheit der Sozialdemokraten ist im Vergleich zum August um 3% gestiegen und liegt bei 12%. Die Grüne Partei liegt bei 7% und die Volksunion bei 5%.

### **Esten dürfen bald visafrei in die USA reisen**



Der estnische Innenminister Jüri Pihl und der Justizminister Rein Lang unterzeichneten am Montag in den USA ein Abkommen zur Bekämpfung der Kriminalität. Das Abkommen ist der letzte Schritt auf dem Weg zur Visafreiheit mit den USA. Nun muss der amerikanische Minister für interne Sicherheit die Tauglichkeit Estlands verteidigen und begründen, dass Estland der internen Sicherheit der USA keine Gefahr darstellt und die illegale Migration nicht fördert. Pihl äusserte die Hoffnung, dass die USA noch in diesem Jahr ein konkretes Datum nennen, ab wann estnische Staatsbürger visafrei in die USA reisen können.

### **Hochverrat?**

Am 21. September verhaftete die Polizei im Auftrag der Staatsanwaltschaft den ehemaligen Sicherheitschef des Verteidigungsministeriums, Herman Simm 61. Er wird der illegalen Sammlung von geheimen Staatsinformationen und ihrem Verkauf an Russland beschuldigt. Zunächst wurde gemeldet, Simm habe während Jahren NATO-Geheimnisse an die Russen verkauft. Dann wurde gesagt, das könne erst ab 2005 der Fall sein, da Estland gemeinsam mit Russland Mitglied von Partnership for Peace (PFP) gewesen sei, womit Russland denselben Informationsstand hatte wie Estland. Erst ab März 2004 sei Estland schliesslich Vollmitglied der NATO.

Seine als Direktorin beim Rechtsdienst der Polizeibehörde arbeitende Ehefrau, Heete Simm, wurde unter dem Verdacht auf Beihilfe ebenfalls in Untersuchungshaft genommen.

Der 1947 geborene Herman Simm absolvierte 1970 das Polytechnische Institut Tallinn im Fach Chemie. 1978 erwarb er den Magistergrad an der Akademie des Innenministeriums der damaligen UdSSR. Herman Simm arbeitete während seiner Karriere im estnischen Innenministerium, an der Polizeibehörde, u.A. auch als Generaldirektor der Polizeibehörde. Seit 1995 arbeitete Simm im Estnischen Verteidigungsministerium, wo er 2000 zum Leiter der Abteilung für den Schutz von Staatsgeheimnissen wurde. 2006 verliess Simm auf eigenen Wunsch, schein't wegen eines Konfliktes mit einem ehemaligen Generalstabsoffizier, diesen Posten und arbeitete bis März 2008 als Berater im Innenministerium.

Während seiner Dienstzeit hat Simm Regierungsdelegationen geleitet und Estland sowohl bei der EU als auch der NATO vertreten. Er war an der Ausarbeitung der Systeme für Informationsschutz der genannten Organisationen beteiligt. Simms Vermögen, wurde nun zunächst eingezogen und es wurde ihm ein Pflichtverteidiger aus einer Anwaltskanzlei beigegeben. Er selber als auch seine Frau, befinden sich offenbar in Einzelhaft. Erstmals hatte seine Frau Heete Simm Gelegenheit, sich über deren Pflichtverteidiger als unschuldig zu bezeichnen, als der Anwalt ihre Freilassung forderte, was offenbar abgelehnt wurde, da die Strafuntersuchung nicht abgeschlossen sei. Inzwischen meldete sich Hermann Simms Tochter Christine aus erster Ehe zu Wort. Sie setzt sich für ihren Vater ein und sorgte für einen

professionellen zusätzlichen Verteidiger. Simms Tochter arbeitet als Hochqualifizierte IT-Spezialistin in Brüssel bei Europol, wo sie am Aufbau von Database mit arbeitet. Zuvor hatte sie einen Hochbezahlten Job im IT- Bereich bei der EU. Das Thema Hermann Simm wurde in den Nachrichtensendungen des estnischen staatlichen Fernsehens umfassend aufgemacht. Die Sendungen wurden teils als Vorverurteilungen kritisiert. Der Privatsender TV3 liess in einem Interview verlauten, eventuell sitze ja der falsche Mann im Gefängnis.

### **Die Harmoniepartei führt das lettische Parteienranking**

Den Ergebnissen der jüngsten Meinungsumfrage zufolge würden heute nur drei politische Parteien den Weg in das lettische Parlament schaffen. Die linksorientierte Harmoniepartei genießt heute die höchste Beliebtheit der lettischen Wählerschaft (10,9%), die regierende Union der Grünen und Bauern liegt mit 5,3% auf zweiter und die Neue Ära mit 5,1% auf dritter Stelle. Die ebenfalls an der Regierung beteiligte Volkspartei würden nur 4% und die Allianz der Ersten Partei und Lettlands Weg 3,7% erhalten.

34,4% der Befragten sagten, sie wüssten überhaupt nicht für wen sie ihre Stimme geben und 17,8% würden an der Parlamentswahl nicht teilnehmen.

### **Lettische Konsularvertretungen bekommen Satellittelefone**

Das lettische Aussenministerium plant den Kauf von Satellitmobiltelefonen, so dass die diplomatischen Vertretungen des Landes in der Lage wären auch in Krisensituationen Hilfe zu leisten. Insgesamt sollen 41 Geräte gekauft werden. Die Anschaffung wird im Rahmen eines durch Norwegen mitfinanzierten Programms und unter Kofinanzierung des lettischen Staates finanziert.

### **30% der litauischen Parlamentarier sind Millionäre**



Den Angaben der neulich veröffentlichten 2007 Steuer- und Vermögensdeklarationen zufolge ist die Zahl der Millionäre im litauischen Parlament in den letzten vier Jahren von 28 auf 43 gestiegen. Das litauische Parlament Seimas hat 141 Sitze. Der wohlhabendste Parlamentarier ist Antantas Bosas von der oppositionellen Arbeitspartei. Sein Vermögen beträgt 83 Mio. Litas (24 Mio. EUR). Der zweite und dritte Platz gehört dem

Sozialdemokraten Bronius Bradauskas und Romualda Ksaniene von der Arbeitspartei. Bradauskas und seine Frau Danguole deklarierten ein Vermögen von 18,72 Mio. Litas und Ksaniene 18.58 Mio. Litas. Laut 2006 Deklarationen sassen im Seimas 33 Millionäre.

### **Die Schweizer Botschafterin in Riga, Anne Bauty, verlässt ihren Posten und wechselt nach Taschkent**

Anlässlich eines offiziellen Empfangs in der Residenz der Schweizerischen Botschaft in Riga, wurde Anne Bauty feierlich gewürdigt. Die Genferin, die fließend Russisch spricht, arbeitete früher u.A. auf den Schweizer Botschaften in Moskau und Kiev als Botschaftsräten. Riga war ihr erster Posten als Missionschefin. Die SBCC blickt auf eine gute Zusammenarbeit mit Frau Bauty während der vergangenen vier Jahre zurück und dankt für Ihre stets freundliche Unterstützung. Wir wünschen Frau Bauty an ihrem neuen Posten in Taschkent weiterhin viel Erfolg.

Im Rahmen dieses offiziellen Anlasses präsentierte sich eine neue Handelskammer in Riga, obwohl die finanziellen Mittel für ein solches Projekt offenbar fehlen.

### **Nachhaltigkeit in Frage gestellt?**

Der Botschaftsrat der Schweizer Botschaft in Riga schrieb:

„Nachstehend erhalten Sie einen Vorschlag für einen Beitrag in Ihrem sehr geschätzten Newsletter: [Offizielle Eröffnung der Swiss Chamber of Commerce in Latvia \(SCCL\)](#)“



Am 23. September 2008 wurde diese neue Handelskammer anlässlich eines Empfangs in der schweizerischen Residenz in Riga offiziell eröffnet. Unter den zahlreichen Anwesenden befanden sich lettische und schweizerische Gäste aus Politik und Wirtschaft, u.a. hochrangige Vertreter von lettischen Ministerien, Mitglieder des lettischen Parlaments, Vertreter der lokalen Presse sowie von lettischen, schweizerischen und weiteren ausländischen Firmen. Grussworte wurden gesprochen von der scheidenden schweizerischen Botschafterin, Frau Anne Bauty (sie wird im November von Riga nach Taschkent versetzt) und vom Präsidenten der SCCL, Herrn Armands Gutmanis.

### **FOTO**

Legende: Frau Botschafterin Anne Bauty umrahmt von Herrn Armand Gutmanis, Präsident der SCCL (rechts) und Herrn Bruno Kaspar, Geschäftsführer der SCCL (links)

Mit freundlichen Grüßen

Urs Bühler“

Die **Swiss-Baltic Chamber of Commerce SBCC** wirkt seit 1994 erfolgreich mit ihrem Büro in Tallinn für die Region. Das Beziehungsnetz der SBCC ist umfassend, der Leistungsnachweis ist unbestritten. Seit drei Jahren wurde darüber gestritten, ob es angesichts knapper Kassen Sinn macht, auf dem baltischen Markt drei Aussennetzkammern mit je einer eigenen Infrastruktur zu betreiben. Die SBCC war stets der Meinung, dass **eine** Vertretung welche die drei baltischen Länder bedient, angesichts des relativ geringen Volumens an Projekten und der relativ geringen Zahl an Schweizerischen Investoren auf dem kleinen Markt Baltikum, sowie der Ausstattung für die „Grundversorgung“ der Kammern mit äusserst geringen Mitteln, ausreichen **muss**. Dies, zumal ab 2010 der Grundversorgungsbeitrag seitens des Schweizer Wirtschaftsförderers laut der Dachorganisation SwissCham wegfällt, wie deren Präsident unlängst verlauten liess.

Schweizerische Aussenhandelskammern sind nach dem Gesetz verpflichtet, sich dem sogenannten Subsidiaritätsprinzip zu verpflichten, d.h. sie müssen die Kosten ihrer Büros selber erwirtschaften. Dies im Gegensatz zu den Modellen Österreichs oder Deutschlands wo die Kammern von den jeweiligen Wirtschaftsförderern ihrer Länder versorgt werden, da für Unternehmen in ihren Ländern ein Beitragsobligatorium für die Wirtschaftsförderung besteht.

Solches kennt die Schweiz nicht.

Die vollumfänglich private Wirtschaftsförderung der Schweiz, finanziert sich aus einem relativ geringen staatlichen Beitrag, den der zentrale Wirtschaftsförderer OSEC in Zürich, jeweils genehmigt durch das Parlament, bezieht. Damit muss die Wirtschaftsförderung weltweit finanziert werden. In Zürich arbeiten gegen hundert Personen daran. Die Kammern im so genannten Aussennetz erhalten aus diesem Betreffnis sehr wenig Mittel, was anlässlich der Generalversammlungen der SwissCham seit Jahren von den Kammerchefs in den Gastländern beklagt wird. Eine Ausnahme bilden die sogenannten Business Hubs, wie beispielsweise in Dubai oder Moskau, diese sind entsprechend ausgestattet.

Durch die Gründung weiterer Büros im Baltikum ist die Nachhaltigkeit der Schweizer Wirtschaftsförderung, insofern sie Kammern betreffen, gefährdet. Als Folge dürfte in der Zukunft mehr Engagement seitens der zuständigen Schweizer Botschaften mit ihren Wirtschaftsdiensten gefordert werden. Eine Änderung des bestehenden Wirtschaftsförderungsgesetzes der Schweiz ist kaum zu erwarten, angesichts der Kosten welche die internationale Finanzkrise auch für die Schweiz mit sich bringt.

Ein deutscher Journalist schrieb der SBCC: „Ich glaube nicht, dass sich die von mir ebenso geschätzte Schweiz mit diesem Kasperle-Theater einen Gefallen in den baltischen Staaten tut. Eine Swiss Baltic Chamber of Commerce dürfte für alle drei Staaten reichen. Sonst hat die Schweiz demnächst vier oder fünf Vertretungen in der Region am Start“. So ist es. Wü